

Hier die Stellungnahme des SPD-Fraktionsvorsitzenden Ralf Wolters in der Ratssitzung vom 9.7.2019:

Die SPD unterstützt die Vorlage des Bürgermeisters und den Antrag der Grünen, für Wegberg den Klimanotstand auszurufen.

Man mag das für reine Symbolpolitik halten. Ich als Jurist verbinde mit dem Begriff Notstand natürlich auch ganz andere Dinge. Wir halten es trotzdem für erforderlich, diesen Beschluss zu fassen. Denn zum einen wird damit deutlich gemacht, dass wir den Klimawandel auch als Menschen gemacht ansehen. Zum anderen erinnert ein solcher Beschluss immer daran, unser politisches Handeln immer stärker daran zu messen, wie es sich auf die Entwicklung des Klimas auswirkt.

Natürlich darf es nicht dabei bleiben. Vielmehr muss die Ausrufung des Klimanotstandes verbunden werden mit konkreten Maßnahmen, die uns weiter bringen. Eine davon findet sich z.B. in Nr. 2 des Beschlussvorschlags des Bürgermeisters. Weiter fordert der Beschlussvorschlag uns dazu auf, unser Klimaschutzkonzept unter Berücksichtigung des HSK weiterzuentwickeln.

Es geht hier nicht darum, das eine zu tun und das andere zu lassen. Vielmehr sollten wir mit der Ausrufung des Klimanotstandes ein Zeichen setzen und sofort mit konkreten Maßnahmen weiter machen. Wie z.B. Stärkung und Verbesserung des ÖPNV, Anreize für E-Mobilität (ich denke da auch an unseren entsprechenden Antrag), Evaluierung und Umsetzung des Radwegekonzepts, soweit möglich Erhaltung älterer Baumbestände, weitere Photovoltaik-Anlagen, etc.

Es kann einem jetzt natürlich egal sein, dass wir das hier erst in 20 Jahren deutlicher merken, weil man halt jetzt im Stadtrat sitzt und da keine Verantwortung bei sich sieht. Es muss hier aber jeder einzelne für sich entscheiden, ob man Verantwortung für kommende Generationen oder auch Menschen anderer Regionen dieser Erde übernehmen will oder nicht. Wenn mich meine kleine Enkelin mit ihren großen blauen Augen anschaut und „Opa“ sagt, dann ist es mir verdammt ernst damit, dass ich Verantwortung auch für die kommenden Generationen übernehmen will. Ich bin sicher, dass viele Bürger von Leuten in öffentlichen Ämtern das auch erwarten und hoffen, dass man dafür auch mal bewusst Widerstände in Kauf nimmt.

Der Alternativvorschlag der CDU hilft nicht weiter und basiert zum Teil auf falschen Darstellungen:

Auf der einen Seite freue ich mich, dass die CDU jetzt anfängt, darüber nachzudenken, ökologische Politik zu machen. Man hatte bisher nicht den Eindruck, dass das der Fall war. Ich komme an geeigneter Stelle darauf zurück.

Wenn es bei der CDU z.B. heißt, dass Deutschland am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß einen Anteil von lediglich 2 Prozent hat und keine Kommune alleine in der Lage sein wird, wirkstarke Maßnahmen zu ergreifen, ist das wieder das alte Lied vom Einzelnen, der nichts erreichen kann. Wieso kann man nicht mal als Vorbild auftreten? Wir sind auch nicht allein. Es gibt eine Vielzahl von Kommunen, die ebenfalls den Klimanotstand ausgerufen haben.

Wenn die CDU ausführt, nach Ausrufung des Klimanotstandes müssten alle Maßnahmen und Handlungen dahinter zurückstehen, ist auch das falsch. Der Klimanotstand ist kein Rechtsbegriff, aus

dem Rechtsfolgen hergeleitet werden könnten. Er ist eine freiwillige Selbstverpflichtung, dem Klimaschutz bei künftigen Entscheidungen eine hohe Priorität einzuräumen.

Ebenso schlichtweg falsch ist es, dass damit alle anderen Belange des Umwelt- und Naturschutzes, die Sorge dafür, den Menschen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, oder die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsstandortes hintangestellt werden würden. NIEMAND, der es mit dem Thema ernst meint, würde Maßnahmen zu Gunsten des Klimas ergreifen, die gleichzeitig den anderen gerade genannten Bedürfnissen und Zielen entgegenstehen. Ganz im Gegenteil: Klimaschutz ist auch Arten-, Umwelt- und Naturschutz. Und selbstverständlich kann auch keiner wollen, dass durch Klimaschutzmaßnahmen Wirtschaftsstandorte und Arbeitsplätze wegfallen. Das ist aber auch keineswegs zwingend der Fall. Durch Maßnahmen des Klimaschutzes entstehen viele neue Arbeitsplätze. Und: Es gibt unzählige Wirtschaftszweige, für die es unerlässlich ist, dass wir den Klimawandel aufhalten, dabei ganz vorne und auch ganz lokal relevant: unsere Landwirtschaft!

Und wenn die CDU weiter ausführt, dass nach Ausrufung des Klimanotstandes jede Form unnötigen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, wie Kirmes, Schwimmbad, Volksfeste eingestellt werden müssten, ist damit der absolute Tiefpunkt des Niveaus erreicht: Das ist populistisch. Das suggeriert, dass der Bürgermeister Volksfest, Kirmes und ähnliches verbieten wollte. Das ist Unsinn. Es geht alleine darum zu überprüfen, wie man diese Dinge weniger klimaschädlich umsetzen kann (die Themen liegen bei diesen Beispielen auf der Hand: Müllkonzept, Energiesparmaßnahmen, Sensibilisierung der Verantwortlichen und Besucher etc.)!

Und schließlich: Die sechs von der CDU vorgeschlagenen Punkte sind genau das, was sie beim Vorschlag des Bürgermeisters als bloße Symbolpolitik angeprangert. Nichts davon ist konkret. Das ist genau die Art Politik, die junge Menschen auf die Straße treibt. Und damit werden sie sich nicht zufrieden geben! Und das ist auch gut so! Und wir auch nicht!

Keinen Klimanotstand auszurufen, kann man auch so formulieren:

„Wir lassen uns nicht in unsere Politik reinreden und schon gar nicht von jüngeren Mitmenschen (also keine Klimaprofis, siehe Christian Lindner). Und wenn der Hype um die Klimapolitik vorbei ist, haben wir uns zu nichts verpflichtet und können wieder weiter so machen wie bisher!“

Das ist schlichtweg verantwortungslos!

Ich appelliere deshalb nochmals an alle Fraktionen, einen Anfang zu machen und dem Vorschlag des Bürgermeisters und der Grünen zuzustimmen, nämlich ein Zeichen zu setzen. Und dann zusammen überlegen, was wir, neben den bereits beschlossenen Maßnahmen, für den Klimaschutz unserer Stadt tun können.